

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB)

AfB-Koordinierungsgruppe Niedersachsen

Verden, 30. Mai 2005

Kinder und Jugendliche sind von Natur aus neugierig, sie wollen lernen! Wir müssen ihnen optimale Bedingungen schaffen, das sind wir ihnen und der Gesellschaft schuldig!

Positionspapier der AfB-Koordinierungsgruppe Niedersachsen
Sozialdemokratische Bildungspolitik in Niedersachsen, Sommer 2005

- Bildung ist die wichtigste Grundlage für die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2,2 GG).
- Die demokratische Gesellschaft ist auf gebildete und mündige Bürgerinnen und Bürger angewiesen.
- Chancengleichheit ist eine sozialdemokratische Kernbotschaft. Wir Sozialdemokraten können nicht tatenlos zusehen, wenn große Teile unserer Bevölkerung von einer angemessenen Bildungsbeteiligung ausgeschlossen werden.
- Unsere Bildungspolitik sorgt dafür, dass unsere Jugendlichen dabei sind, wenn die LISSABON-Strategie des EU-Rates Europa zum wissensbasierten, wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt macht.
- Wir werden dafür sorgen, dass **a l l e** Jugendlichen dazu befähigt werden, offen zu sein, ihre Chancen im Leben zu erkennen und wahrzunehmen,

sich in der Berufswelt zu bewähren und damit am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben.

- In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für ein lebenslanges Lernen gelegt.
- Die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen tragen die Verantwortung dafür, dass Kinder und Jugendliche ihre individuellen Potenziale optimal entfalten können.
- Die SPD stellt fest, dass das bisherige gegliederte Bildungssystem nicht in der Lage ist Chancengleichheit und eine erfolgreiche individuelle Bildungsförderung zu verwirklichen.
- Die frühe Zuweisung zu verschiedenen Bildungsgängen hindert viele Kinder an der Ausbildung ihrer Fähigkeiten und fördert stattdessen die soziale Auslese. Das dürfen Sozialdemokraten nicht zulassen!
- Deshalb sind Veränderungen notwendig, die mit gemeinsamer Anstrengung realisiert werden können.

- Und so sehen unsere Zielvorstellungen aus:

1. Frühe Förderung,

Bildung in den ersten drei Lebensjahren

- Chancengleichheit und erfolgreiche Bildungsbeteiligung beginnen mit der Vorbereitung auf die Elternschaft.
- Eltern erkennen zunehmend, dass die ersten drei Lebensjahre eine entscheidende Bildungsphase ihrer Kinder darstellt. In diesen ersten

Lebensjahren werden die Grundlagen für lebenslanges Lernen gelegt.

- Deshalb werden wir unterstützende, leicht zugängliche Angebote für Eltern im unmittelbaren Nahraum schaffen, angesiedelt zum Beispiel in KiTas oder bei Krabbelgruppen. Dies ist als Ergänzung zur medizinischen Versorgung zu sehen. Je früher Auffälligkeiten in der Entwicklung der Kinder erkannt werden, desto leichter ist es, ihnen erfolgreich zu begegnen.
- Wir werden ein ausreichendes Betreuungsangebot schaffen. Damit sind junge Menschen nicht mehr gezwungen, sich für Kinder oder für Karriere zu entscheiden.
- Eine gute Ausbildung von Tagesmüttern / -vätern und Krippenpersonal garantiert die Qualität der Betreuung.

2. Frühkindliche Bildung

- Respekt und Achtung vor der Individualität und der Verschiedenheit der Kinder müssen selbstverständlich werden.
- Die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten beginnt mit der Vollendung des 3. Lebensjahres. Sie ist für alle Kinder verpflichtend und für die Eltern kostenfrei. Hier ist ein ganz wichtiger Baustein für das sozialdemokratische Ziel der Chancengleichheit: die großen Unterschiede zwischen „bildungsnahen und bildungsfernen Schichten“ können ausgeglichen werden.
- In der Altersgruppe der Drei- bis Sechsjährigen wird das Potenzial für die spätere Intelligenz und Lernfähigkeit aufgebaut. Spielerisches entdeckendes Lernen in einer qualitativ hochwertigen Vorschulischen Einrichtung ist in dieser wahrscheinlich wichtigsten Bildungsphase im Leben eines Kindes notwendig.
- Wenn wir Kindern Bildungsschancen für die nächsten Jahrzehnte ihres Lebens eröffnen ist eine verpflichtende vorschulische Bildung im Interesse aller.

- Der Bildungsauftrag von Kita und Schule wird durch die neuen Ergebnissen der Lernforschung bestimmt.
- Kinder wechseln, sobald sie 5 Jahre alt sind, aus dem Kindergarten in die jahrgangsübergreifende offene Eingangsstufe der Gemeinschaftsschule.

3. Gemeinschaftsschule

- Kinder wollen lernen! Sie dürfen nicht durch ein überholtes Bildungssystem am Lernen gehindert werden.
- Die Gemeinschaftsschule setzt auf Heterogenität der Schülerschaft und damit auf individuelle Lern- und Leistungsprofile. Die Pädagogen und Pädagoginnen übernehmen die Verantwortung, dass jeder entsprechend seiner eigenen Voraussetzungen sich entwickeln und lernen kann.
- Neben obligatorischen Fächern sind fähigkeits- und interessegeleitete Schwerpunktbildungen möglich, die sich auch aus standortspezifischen Faktoren ableiten können (z. B. Migrantensprachen als ordentliches Schulfach).
- Schülerinnen und Schüler haben beim Verlassen der Schule Module (Lerneinheiten) unterschiedlicher Schwierigkeitsgrade durchlaufen, je nach ihren persönlichen Leistungsmöglichkeiten.
- Gemeinschaftsprojekte stärken in besonderer Weise Eigenverantwortung und soziales Lernen. Die Beteiligung daran ist ein wesentliches Element im persönlichen Profil der Schülerinnen und Schüler.
- PsychologInnen, HeilpädagogInnen, ErzieherInnen und medizinisches Fachpersonal arbeiten gemeinsam mit LehrerInnen in der Gemeinschaftsschule.
- Wir brauchen ein entwicklungsoffenes Schulangebot, in dem jedes Kind seinen Möglichkeiten, Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechend angenommen gefordert und gefördert und ihm soziales und eigenverantwortliches Lernen ermöglicht wird.
- Es ist unsere Aufgabe, Kindern und Jugendlichen solche Bedingungen zu schaffen, dass sie ihr Potenzial voll entfalten,

Herausforderungen annehmen und Freude an ihrer Leistung gewinnen können und dass sie lernen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Das kann uns mit der Gemeinschaftsschule gut gelingen!

Die Gemeinschaftsschule beinhaltet 10 Jahre gemeinsamen Unterrichts. Alle Schülerinnen und Schüler durchlaufen die Klassen 1–9 ohne Verzögerung.

Das 10. Schuljahr dient der individuellen Profilierung in Bezug auf die angestrebte weitere Qualifizierung (berufspraktischer, fachlicher oder wissenschaftlicher Schwerpunkt)

Das nachgewiesenermaßen pädagogisch nicht sinnvolle „Sitzenbleiben“ entfällt. An seine Stelle treten problembezogene Fördermaßnahmen, die unmittelbar nach Auftreten des Auffälligen beginnen.

Auf die Gemeinschaftsschule folgt die zweijährige Oberstufe.

4. Eine Schule für alle Kinder als Ganztagschule

- Eine individuelle Förderung im sinnvollen Wechsel mit gemeinsamer Arbeit braucht Raum und Zeit. Daher muss der Schultag in Form einer Ganztagschule konzipiert sein.
- Die Ganztagschule bietet den einzelnen Schülerinnen mehr Möglichkeiten, ihre eigenen Stärken und Fähigkeiten zu entdecken. Das Lernen kann sinnvoll rhythmisiert werden.
- Fächerübergreifender Unterricht und Projektarbeit erfordern ein Aufbrechen des starren Stundenrhythmus.
- Eine Ganztagschule vermittelt Schülerinnen und Schülern ein Gemeinschaftsgefühl, unterstützt ihr soziales Lernen und fördert sie darin, ihre Freizeit selbstbestimmt und sinnvoll zu gestalten.
- Ganztagschulen sind Lern- und Lebensraum für alle Beteiligten. Diese Schulen verfügen über eine entsprechende personelle und räumliche Ausstattung (z. B. Bibliothek, freie Arbeitsplätze für Schülerinnen und Schüler, eine Schulküche, Sport- und Spielgelände).

- Viele Einrichtungen können auch unter Einbeziehung der Eltern und interessierten aus der Region betrieben und als Lern- und Handlungsräume genutzt werden.

5. Organisation des Lern- und Lehrprozesses

- Die Ganztagschule erfordert eine Veränderung der Organisation des Lehr- und Lernprozesses. Eine einfache Verlängerung des Schultages in den Nachmittag reicht nicht aus.
- Sie trägt in besonderer Weise zwei grundlegenden Aspekten des Lernens Rechnung, nämlich denen des individuellen Förderns und des Forderns von besonderen persönlichen Leistungen.
- Der gemeinsame Unterricht der Ganztagschule bietet vielfältige Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten: z.B. praktisches Arbeiten, forschendes und entdeckendes Lernen an naturwissenschaftlichen Fragestellungen, Weiterentwicklung von künstlerischen und sportlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten.
- Das Lernen miteinander und voneinander trägt zur positiven Lernentwicklung bei. Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung stehen in engem Zusammenhang. Phasen individuellen Lernens wechseln sich ab mit Phasen, in denen soziales Miteinander wichtig ist.
- Die Ganztagschule ist flexibel in Bezug auf die Einteilung der Schülerinnen und Schüler in Lerngruppen, je nach pädagogischen Erfordernissen.

6. Die Schule in der demokratischen Gesellschaft

- Zum aktiven Teilnehmen in einer demokratischen Gesellschaft gehört für jeden Menschen die Möglichkeit der Mitbestimmung und das Erfahren von Gerechtigkeit. Soziokulturelle Integration ist selbstverständlich. (siehe Grundgesetz Artikel 3, 3)
- Dasselbe gilt auch für die Schule. Sie soll die Wirklichkeit abbilden. Eine demokratische Gesellschaft darf niemanden schulisch ausgrenzen.
- Behinderte müssen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Kinder mit Behinderungen gehören zum Leben dazu – nur eine Schule für alle Kinder kann ihnen gerecht werden und verhindert Aussonderung.
- Kinder mit Migrationshintergrund haben ein Anrecht auf Förderung und Anerkennung ihrer Herkunftssprache und –kultur. Dadurch bieten sich erweiterte Lernmöglichkeiten: interkulturelles Lernen und Förderung von Mehrsprachigkeit.
- Das Lernen in heterogenen Gruppen ist besonders geeignet neben Wissen auch die Kompetenz zu vermitteln, selbstständig, selbst organisiert und gemeinsam mit anderen, in anderer Weise begabten Schülerinnen und Schülern zu lernen. Lernen in heterogenen Gruppen fördert somit in vielfältiger Weise die Entfaltungsmöglichkeiten für alle Kinder. Heterogenität wird als Chance verstanden, sie schafft außerdem die Voraussetzungen für das soziale Miteinander und vergrößert den individuellen Lernerfolg.
- Demokratie lernen können Kinder nur dann, wenn sie von Anfang an in sie betreffende Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Eine demokratische Grundhaltung können Kinder sich in der Schule nur durch demokratisches Selber–erLEBEN aneignen. Damit können sie ein aktives Mitglied der Gemeinschaft werden und verantwortlich für sich und ihre Mitmenschen handeln.
- Mitbestimmung von SchülerInnen und Eltern ermöglicht ein demokratisches Miteinander. Die Schulen werden eigenverantwortlich nach demokratischen Prinzipien geführt. Die Gesamtkonferenz oder andere Gremien der Mitbestimmung sind höchste Beschlussorgane der Schulen

- Jede Schule verankert die Mitbestimmung aller an Schule Beteiligten in ihrem Schulprogramm. Sie legt fest, wie eine demokratische Grundhaltung erworben und gefestigt wird.

7. Die Schule im regionalen und internationalen Zusammenhang

- Die schulische Bildung erfolgt nicht länger in isolierten einzelnen Schulen.
- Jede Schule ist Teil einer Region des Lernens, das ist die Verknüpfung aller an Bildung beteiligten Institutionen.
- Das Bildungswesen wird durch ein zusammenwachsendes Europa internationalisiert.
- Der Erwerb interkultureller Kompetenzen muss im Hinblick auf die anzustrebende Chancengleichheit unserer Schülerinnen und Schüler bei der späteren Teilnahme am Wettbewerb auf dem EU-Arbeitsmarkt ein fester Bestandteil des Lehr- und Lernprozesses in der Gemeinschaftsschule sein.
- Eine besondere Bedeutung kommt der internationalen Mobilität als Schlüsselqualifikation zu. SchülerInnen müssen Erfahrungen im Ausland sammeln. Jede Schülerin und jeder Schüler nimmt bis Ende der Klassenstufe 10 an mindestens einer Schüleraustauschmaßnahme mit einem der EU-Mitgliedsländer teil.
- Die Potentiale der SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind Teil der Internationalisierung. Muttersprachlicher Unterricht, der auch für ihre MitschülerInnen anderer Nationalitäten geöffnet werden kann, trägt zum Abbau von Vorurteilen und zur Förderung gegenseitigen Verstehens bei.
- Die in den Ländern der EU bzw. den Herkunftsländern von Migranten gesprochenen Sprachen sind vorrangig zur Entwicklung von Mehrsprachigkeit zu nutzen. Weitere, durch die internationale Vernetzung relevant gewordene Sprachen (chinesisch, japanisch) sollen ins Wahlpflichtangebot aufgenommen werden.

8. Übergang Schule – Berufsausbildung

Die Menschen brauchen für ihr Arbeitshandeln einen möglichst breiten Sockel an allgemeinen Qualifikationen. Diese sind Voraussetzungen für die Teilhabe der Bürger und Bürgerinnen an gesellschaftlicher Arbeit und der Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen muss die Chance zu ihrem Erwerb eröffnet werden.

Arbeitsorientierung mit umfangreichen praktischen Anteilen in Betrieben ist deshalb ein Lernangebot in allen Bildungsgängen und auf allen Stufen des Bildungssystems.

Eine rechtzeitige, umsichtige Planung der Berufswahl ist eine schulische Aufgabe. So wird der direkte Weg von der Schulbank in die Sozialhilfe vermieden.

9. Der Lehrerberuf

- Eine neue Schule verlangt eine andere Lehrerausbildung. Der Ausbildungs-gang muss für das Unterrichten an der Gemeinschaftsschule befähigen: Vorschul- und Elementarstufenlehrer (Erzieher), Primarstufenlehrer der Gemeinschaftsschule (Lehrbefähigung Klasse 1 – 6), Lehrer für die Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschule (Lehrbefähigung Klasse 5 – 10), Lehrer für die Sekundarstufe II (Lehrbefähigung für die Oberstufe).
- Fachliche und methodische Kompetenzen müssen ergänzt werden durch soziale und pädagogische.
- Die Lehrerausbildung enthält einen hohen Anteil grundwissenschaftlicher Studien (Pädagogik, Psychologie, u.a.) und Praxiserfahrung.
- Auch für den Lehrerberuf gilt lebenslanges Lernen. Theoretisches Wissen und professionelle Handlungsfähigkeiten müssen laufend reflektiert und erweitert werden. Bereits die erste Ausbildungsphase zielt auf eigenständige Theorie- und Praxisreflexion.

- Die Heterogenität von Lerngruppen und ist grundlegender Ansatzpunkt bei der Ausbildung professioneller Handlungsfähigkeiten. Auch die Fortbildung setzt hier einen Schwerpunkt. So ausgebildete Pädagogen schaffen Lernanregungen und Herausforderungen für die individuell unterschiedlichen Leistungspotenziale. Auf diese Weise werden Pädagogen ausgebildet, die Hochbegabte fördern können und auch behinderten Kindern gerecht werden.
- Auslandserfahrung im Studium ist dringend geboten. Zur Vorbereitung auf die Einbeziehung interkultureller Kompetenzwerte in den täglichen Unterrichtsprozess sollten die Studentinnen und Studenten ein studienintegriertes Auslandssemester mit einem mindestens sechswöchigen Praktikum in einem der EU-Mitgliedsländer absolvieren.
- Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund sind aufgrund ihrer Biografie (Mehrsprachigkeit und kulturelle Erfahrungen) hervorragend geeignet, wesentliche Lerninhalte in einer demokratischen und multikulturellen Gesellschaft zu vermitteln. Sie sollten deshalb verstärkt für den Lehrerberuf gewonnen werden.
- Die Ausbildung soll sich an Modulen ausrichten, die fachwissenschaftliche und pädagogische Anforderungen auf das in den jeweiligen Schuljahrgängen Relevante abstimmen.
- Zielvorgaben werden als prüfbare Standards formuliert und an Kompetenzen ausgerichtet. Die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer sammeln ein Portfolio, das auch Grundlage für den späteren unterrichtlichen Einsatz in den verschiedenen Schuljahren ist.
- Eine institutionalisierte, kontinuierliche berufsbegleitende Weiterbildung der in Schule Tätigen wird gewährleistet.
- Die Lehrerarbeitszeit und auch die Besoldung muss an die organisatorischen Veränderungen der Gemeinschaftsschule angepasst werden.

10. Der Weg zur Gemeinschaftsschule

- Das Konzept der Gemeinschaftsschule leistet einen glaubwürdigen Beitrag zur Verbesserung der Bildungschancen im Land, vor allem deshalb weil es mehr Handlungs- und Spielraum für effektives pädagogisches Handeln bereitstellt.
- Notwendige Änderungen in den Schulen Niedersachsens müssen kontinuierlich aufbauend umgesetzt werden, unter Beteiligung der betroffenen Lehrkräfte und Mitarbeiter werden schon vor dem Übergang zur Gemeinschaftsschule auf den Unterricht in heterogenen Lerngruppen durch entsprechende Fortbildungsangebote vorbereitet.
- Veränderungen werden dadurch unterstützt, dass den einzelnen Schulen mehr Eigenverantwortung übertragen wird.
- Bisher außerschulisch tätige Kräfte können jetzt die Kinder in der Schule fördern.
- Das vorgelegte Konzept ist finanzierbar. Allein durch Abschaffung des „Sitzen bleibens“ werden Mittel in Millionenhöhe frei.
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, VDS, VBE, Grundschullehrerverband, DIHK, um nur einige zu nennen, . . stimmen mit den oben beschriebenen Vorstellungen überein.
- Der Ökonom Karl Lauterbach begründet unsere Forderungen: Die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und das ökonomische Wachstum hängen zunehmend vom Bildungssystem ab. Wenn wir zu mehr Wachstum kommen wollen und die Ausgaben für soziale Sicherung bezahlbar bleiben sollen, dann führt an einem besseren Bildungssystem kein Weg vorbei. (FR, 30. Mai 2005, Nr. 122 S. 5)

Entscheidend für die Umsetzbarkeit des beschriebenen Reformkonzeptes wird sein, Eltern, Schüler, Öffentlichkeit, Fachöffentlichkeit, Verbände, nicht zuletzt auch Schulen und Schulträger davon zu überzeugen,

dass strukturelle Reformen unabweisbar sind,

dass alle Schüler davon profitieren die leistungsstarken ebenso wie die leistungsschwächeren,

dass das vorgelegte Konzept in dieser Hinsicht weiterführend ist,

dass es die Beteiligten und Betroffenen nicht zeitlich oder inhaltlich überfordert

und überdies mit der Finanzkraft des Landes und der Schulträger vereinbar ist (Gemeinschaftsschule ist preiswerter wg. des flexiblen Lehrereinsatzes, Wegfall Sitzen bleiben, geringere Sozialkosten später usw.)

Wenn schließlich Eltern und Lehrkräfte begründet annehmen können, dass ein solches Konzept einen glaubwürdigen Beitrag zur Verbesserung der Bildungschancen im Land leistet

weil es eine individuelle Förderung und Forderung zulässt

weil es auf nachhaltige und langfristige Entwicklung angelegt ist

weil es mehr Handlungs- und Spielraum für effektives pädagogisches Handeln bereitstellt) –

dann besteht die Chance, zielorientiert in Niedersachsen eine grundlegende Reform des Schulwesens einzuleiten.